

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Petra Pau, Jens Petermann, Raju Sharma, Frank Tempel, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.

Abzug deutscher Polizisten aus Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Deutsche Polizistinnen und Polizisten aus Bund und Ländern bemühen sich seit dem Jahr 2002 um den Aufbau einer afghanischen Polizei. Die deutschen Beamten, die freiwillig nach Afghanistan gehen, bringen dafür hohes Engagement und hohe Motivation mit. Sie leisten ihre Arbeit in einem unwirtlichen Land unter extremen Verhältnissen.
2. In Afghanistan herrscht eine kriegsähnliche Situation. Auch die Bundesregierung spricht mittlerweile von einem „nichtinternationalen bewaffneten Konflikt“. Damit geht eine gesteigerte Gefährdung der eingesetzten deutschen Polizeibeamtinnen und –beamten einher. Es ist nicht Aufgabe deutscher Polizistinnen und Polizisten, in Kriegsgebieten zu arbeiten.
3. Die Entsendestaaten der internationalen Polizeiausbilderinnen und Polizeiausbilder, die in Afghanistan tätig sind, verfolgen verschiedene, teilweise direkt miteinander konkurrierende strategische Ansätze. Dabei dominiert eindeutig der Ansatz, die afghanische Polizei als Bürgerkriegstruppe im Kampf gegen die Aufständischen zu verwenden.
4. Die Bilanz der bisherigen Aufbauarbeit ist desaströs und wird geprägt von weitverbreiteter Korruption, unzureichender Abstimmung der internationalen Ausbilder, der Priorisierung militärischer Ansätze der Polizeiausbildung, einer extrem hohen Fluktuation bei der afghanischen Polizei. Diese genießt in der afghanischen Bevölkerung einen extrem schlechten Ruf und wird mehr als Teil des Sicherheitsproblems denn als dessen Lösung wahrgenommen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Angehörige der Bundespolizei künftig nicht mehr zu Ausbildungszwecken nach Afghanistan zu entsenden und das bilaterale German Police Project Team (GPPT) sowie die deutsche Beteiligung an der EU-Polizeimission in Afghanistan (EUPOL AFG) einzustellen sowie die derzeit in Afghanistan befindlichen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unverzüglich abzuziehen.

Berlin, den 22. Februar 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Seit dem Jahr 2002 waren über 1000 Polizeivollzugsbeamte des Bundes und der Länder im freiwilligen Einsatz in Afghanistan (Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage Polizeiausbildung in Afghanistan, Bundestagsdrucksache 17/2878).

Ihr Einsatz muss als gescheitert angesehen werden. Die afghanische Polizei ist zwar zahlenmäßig angewachsen, die Rechtsstaatlichkeit jedoch nicht. Sie ist viel mehr Warlords, Drogenbaronen und Kriegsverbrechern verpflichtet als demokratischen Prinzipien. Kriminelle Netzwerke ziehen sich bis in höchste Regierungsstellen. Die internationalen Akteure auf dem Gebiet der Polizeiausbildung verfolgen überwiegend militärische Vorstellungen. Vor allem die USA setzen darauf, Polizisten gleichsam als Kanonenfutter in den Bürgerkrieg zu werfen.

Am deutlichsten zeigt sich die Militarisierung der afghanischen Polizei bei der Bereitschaftspolizei (ANCOP), die mittlerweile offiziell als „Gendarmerie“ bezeichnet wird. Sie wird z. T. von der paramilitärischen „European Gendarmerie Force“ ausgebildet. Doch das Prinzip der Vermischung ziviler mit militärischen Aspekten kennzeichnet die gesamte afghanische Polizei.

Der Lehrplan wird federführend vom Combined Security Transition Command – Afghanistan (CSTC-A) erstellt, das dem Pentagon unterstellt ist und praktisch mit der auf dem NATO-Gipfel im Jahr 2009 beschlossenen NATO-Training Mission (NTM-A) fusioniert ist. NTM-A und CSTC-A koordinieren auch die Ausbildung und kümmern sich um die materielle Ausstattung.

Auf Seiten der Ausbilder drückt sich die militärische Dominanz schon darin aus, dass das US-Pentagon derzeit 1500 Polizeiausbilder beschäftigt, die Nato-Mission weitere 1000. Damit werden das bilaterale German Police Project Team (GPPT) und die EU-Mission EUPOL Afghanistan (EUPOL AFG) mit derzeit rund 500 Kräften schon rein zahlenmäßig vom Militär dominiert. Doch auch die europäischen Ausbilder teilen den Ansatz einer militarisierten Polizeiarbeit. Das räumt die Bundesregierung offen ein, wenn sie ausführt, dass die afghanischen Polizeieinheiten „robustere Elemente als eine Polizei nach europäischen Maßstäben“ erhalten solle (Bundestagsdrucksache 17/2878). Dazu gehöre auch „eine modulare Ausbildung im militärischen Sinne“, so die Bundesregierung.

Die unmittelbar militärisch relevanten Teile der Ausbildung werden zwar nicht von deutschen Polizisten geleistet, sondern von der Bundeswehr, wozu auch die Ausbildung an Kurz- und Langwaffen gehört. Der Charakter der afghanischen Polizei als paramilitärische Kraft wird hierdurch geradezu unterstrichen. Es wird deutlich, dass das Engagement deutscher Polizeiausbilder der Führung eines Bürgerkrieges dient.

Dass in Afghanistan Krieg bzw. Bürgerkrieg herrscht, wird auch von der Bundesregierung nicht länger bestritten. Doch deutsche Polizisten haben in Kriegsgebieten nichts zu suchen. Ein Einsatz im Kriegsgebiet entspricht weder dem in Deutschland üblichen polizeilichen Selbstverständnis noch ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag, noch ist er politisch und unter Sicherheitsaspekten zu verantworten. Der Einsatz deutscher Polizisten in Kriegs- und Krisengebieten birgt zudem die Gefahr der Traumatisierung von Polizeibeamten und droht der fortschreitenden Militarisierung der Polizei Vorschub zu leisten.

Die Sicherheitsgefährdung liegt auf der Hand: Mindestens 4500 afghanische Polizisten sind seit 2003 im Dienst ums Leben gekommen. Die Zahl der Anschläge im Land nimmt seit Jahren zu. Im ersten Halbjahr 2010 stieg die Zahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle auch im Norden Afghanistans nach Angaben der Bundesregierung um 120 Prozent (17/2845). Vor diesem Hintergrund muss insbesondere der Einsatz deutscher Polizisten beim Focus District Development (FDD) angesprochen werden. Hierbei begleiten sie afghanische Polizisten gleichsam „im Felde“, unter Begleitung der Bundeswehr. Diese ist für die Einschätzung der Sicherheitslage zuständig. Wie die Erfahrung, die auch die Bundeswehr schon mehrfach machen musste, zeigt, gibt es in Afghanistan aber keine „sicheren Zonen“, so dass deutsche Polizisten einer dauerhaften, unverantwortlichen Gefährdung ausgesetzt werden.

In der afghanischen Bevölkerung überwiegt ein äußerst negatives Bild von der Polizei. Sie wird von vielen Afghaninnen und Afghanen mehr als Teil des Sicherheitsproblems denn als Beitrag zu seiner Lösung wahrgenommen. Seinen Grund hat dieses negative Image vor allem in der Korruption und der

weitverbreiten Praxis, sich durch illegale Praktiken zu bereichern. So führt auch der US-Sonderbeauftragte für die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte (SIGAR) aus, afghanische Polizisten zweigten Waffen ab und bereicherten sich an checkpoints. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter spricht in diesem Zusammenhang von der „Straßenräuber-Abzockerei“.

Berichte deutscher Polizisten, aber auch von Soldaten der Bundeswehr, verdeutlichen das Desaster. Sie schildern, in Zeitschriften wie „Deutsche Polizei“ oder „loyal“, wie hochwertige Computerausrüstung, die dem afghanischen Innenministerium geliefert wurde, in Besenkammern verrottet. Sie schildern, dass die afghanische Grenzpolizei Teil der Drogenwirtschaft ist, dass Polizeikommandanten nicht nach Fähigkeit, sondern nach Bezahlung bzw. Verwandtschaftsgrad zum Präsidenten ernannt werden. Zudem ist die afghanische Polizei bekannt für ihre unverhältnismäßige Gewaltanwendung.

Die USA unterstützen in einigen Distrikten den Aufbau von „Bürgerwehren“ und kooperieren mit illegalen bewaffneten Gruppierungen. Seit Sommer dieses Jahres werden ebenfalls unter Federführung der USA sogenannte Local Police Forces aufgebaut, wobei es sich faktisch vor allem um die Integration bestehender Milizen in den Polizeiapparat handelt – bzw. darum, dass bestehende Milizen eine Uniform erhalten und damit legalisiert werden. Auch solche Vorgänge sind nicht dazu angetan, bei der afghanischen Bevölkerung Vertrauen in die Polizei zu wecken.

Die Bundesregierung hat keinerlei Kenntnis davon, wie viele jener Polizisten, die von deutschen Ausbildern aus- bzw. fortgebildet worden sind, heute noch ihren Dienst verrichten. Sie geht von einem Personalschwund von rund 20 Prozent aus. Das US-„Center for Strategic and International Studies“ gibt in einem Bericht vom April 2010 an, einigen Experten zufolge betrage die gegenwärtige Zahl nicht-ausgebildeter Polizisten 78 Prozent des Gesamtpersonalbestandes. Nicht einmal die absolute Zahl der heute einsatzbereiten Polizisten kann beziffert werden. Der Bundesminister des Innern hat mehrfach bestätigt, dass zwischen den offiziellen Angaben aus dem Kabuler Innenministerium und den Schätzungen der NATO große Differenzen bestehen. Die Anzahl sogenannter „Geisterrekruten“ soll Schätzungen der britischen Botschaft in Kabul zufolge bis zu 25 Prozent betragen (The Independent, 28. 3. 2010).

Ebenso desolat wie das Polizeiwesen ist das Justizwesen, das auch heute noch stark an der Scharia orientiert ist. Ein Versuch, moderne säkulare Rechtsnormen mit militärischer Gewalt durchzusetzen, ist zum Scheitern verurteilt. Hinzu kommt, dass demokratische Prinzipien von den herrschenden Eliten in Afghanistan selbst weitgehend ignoriert werden. Die Korruption tut ein übriges, um das Ansehen der afghanischen Justiz zu untergraben. Die Bundesregierung räumt selbst in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE ein: „Die Stammes- und Dorfältesten werden in vielen Regionen als bessere Alternative zur staatlichen Justiz angesehen, da sie im Ruf stehen, schnell und fair zu entscheiden und nicht korrupt zu sein.“ Auch dies verdeutlicht das Scheitern von bislang acht Jahren Polizei- und Justizaufbau.

Die Hilfe für den Aufbau der afghanischen Polizei dient objektiv dem Aufbau eines weiteren hochkorrupten Unterdrückungsapparates, der letztlich in den Händen von Warlords, Drogenbossen und Kriegsverbrechern ist – bis in die Spitzen der afghanischen Regierung. Die Hoffnungen der schwachen demokratischen Kräfte in Afghanistan, diejenigen Kriminellen, die seit Jahrzehnten für Verbrechen an der Bevölkerung verantwortlich sind, zu bestrafen, werden konterkariert, wenn man stattdessen die Macht dieser Kriminellen stärkt. Es muss Schluss damit sein, dass diejenigen Polizisten, die Schlagstöcke gegen friedliche Menschen – an checkpoints wie bei Demonstrationen – einsetzen, die hierfür notwendige Ausbildung mit deutscher Hilfe erhalten.